

Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen

Protokoll

Sitzungsnummer: SG/PA/012/25

über die Sitzung des Planungsausschusses am 21.01.2025

Beginn: 19:00 Uhr
Ende 21:22 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses in Bruchhausen-Vilsen

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Torben Garbers

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katja Lamke

Herr Fabian Mestwerdt

Herr Johann-Dieter Oldenburg

als Vertretung für Frank Tecklenborg

Frau Nicole Reuter

Herr Hauke Sander

Herr Bernd Schneider

Herr Lars Tecklenborg

Herr Thomas Warnke

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Herr Alexander Grafe

Herr Peter Hühne

Herr Michael Ullmann

Verwaltung

Herr Torsten Beneke

Frau Anjelina Brinster

Herr Ralf Rohlfing

Gäste

Frau Hildegard Grieb

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Tecklenborg

Öffentlicher Teil

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Garbers eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung vom 28.11.2024

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

Ja: 8 Nein: 0 Enthaltungen: 1 Befangen: 0

Punkt 3:

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Zeitpunkt gibt es keine Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner.

Punkt 4:

Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2025

Vorlage: SG-0267/24

Die Haushaltszahlen liegen den Ratsmitgliedern zur Sitzung bereits vor. Herr Beneke und Herr Rohlfing von der Verwaltung erläutern mithilfe einer Präsentation die Eckdaten zu den Kostenträgern Gebäudemanagement, Katastrophenschutz, Räumliche Planung und Entwicklung, Bauverwaltung, ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Feuerwehr mit den zugehörigen Investitionen.

Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Beneke erklärt ergänzend zur Präsentation, dass der Bereich Liegenschaften nicht dargestellt ist, da das Projekt „Buntes Band“ nicht fortgeführt wird. Folglich ist hier nichts veranschlagt. Er hebt hervor, dass die meisten Aktivitäten im Bereich Bauunterhaltung und Bewirtschaftung stattfinden. Diese beinhaltet die Pflege der Rund 50.000 m² Gebäudefläche. In etwa die Hälfte der Fläche macht das gesamte Schulzentrum aus.

Neben den in der Präsentation genannten Zielen soll in den kommenden Jahren vor Allem die Digitalisierung der Verbrauchserfassungen vorangebracht werden. Hier wird Optimierungspotential gesehen. Die Samtgemeinde wird hierzu in Kooperation mit der WSV ein Pilotprojekt für das Schulzentrum initiieren. Die hierfür erforderlichen personellen Ressourcen könnten eventuell über die ausgeweitete Stelle des Klimaschutzmanagements bereitgestellt werden.

In der Präsentation folgen einige Bilder von bereits abgeschlossenen und noch laufenden Maßnahmen. Hierzu gehört unter anderem der Abbruch von der Tennishalle, welcher erfreulicherweise innerhalb des Kostenrahmens bewältigt werden konnte.

Herr Beneke möchte an diese Stelle alle Kollegen und Kolleginnen des Rathauses loben, die den Umzug im laufenden Verwaltungsbetrieb umgesetzt haben, ohne dass eine Schließung erfolgen musste.

Herr Beneke erläutert die folgenden Kostenstellen bis hin zu den Investitionen. Zum Radweg Gehlbergen ergänzt er, dass im zweiten Quartal die Ausschreibung erfolgen soll, sodass im zweiten Halbjahr mit dem Baubeginn zu rechnen ist. Die Planung und Realisierung laufen über die Samtgemeinde Hoya, da diese im Großteil betroffen ist. Der Anteil für die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen beläuft sich dabei auf ca. 125.000 Euro. Eine genaue Summe kann erst mit dem Ausschreibungsergebnis genannt werden.

Herr Schneider bedankt sich für die Präsentation und erkundigt sich nach dem ursprünglichen Problem bei der Sanierung der Trinkwasseranlage im Sporthaus Martfeld (S. 11 der Präsentation).

Herr Beneke erläutert, dass die Nicht-Benutzung der Trinkwasseranlagen, vor allem während Corona Zeit, sehr schädlich für solche Anlagen sind. Legionellen sind zudem nur schwer in den Griff zu bekommen. Alle bisher durchgeführten Maßnahmen haben zu keinem dauerhaften Erfolg geführt, sodass eine Nutzungsuntersagung durch das Gesundheitsamt zu befürchten war. Daher wurde eine Komplettsanierung durchgeführt. Der neuste Prüfbericht ging bereits an den Landkreis und die Trinkwasseranalyse ist bestanden.

Herr Schneider stellt zudem die Option zur Diskussion, die Reinigung auszulagern und eigenes Personal einzustellen, was aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll sein könnte. Herr Beneke erklärt, dass es in der Branche schwer sei, überhaupt Personal zu finden. Die Schulen sind durch das Ganztagsangebot und Abendveranstaltungen bis spät in die Abende in Nutzung. Selbst bei einer Vergütung über den Mindestlohn hinaus, sind das zu unattraktive Arbeitszeiten. Weiterhin müsste Vertretungspersonal vorhanden sein. Dieser personelle Organisationsaufwand wäre laut Herrn Beneke ein zu hohes Risiko. Auf die Quadratmeter gerechnet liege die Samtgemeinde aber nicht schlechter dar, als andere Kommunen.

Herr Tecklenborg interessiert sich für die Ertragsübersicht der PV-Anlagen, die sich auf öffentlichen Gebäuden befinden.

Herr Beneke sagt zu, den Ratsmitgliedern eine entsprechende Übersicht zur Kenntnis zu geben.

Herr Sander erkundigt sich nach der Entwicklung der Bauanträge.

Herr Beneke erläutert, dass die Übersicht sowohl die Anzahl der Bauanträge im Landkreis umfasst, zu denen die Gemeinden Stellungnahmen abgeben, als auch die Bauanträge, die in unserem Zuständigkeitsbereich liegen.

Herr Rohlfing übernimmt das Wort. Die wesentlichen Inhalte sind der beiliegenden Präsentation zu entnehmen.

Ergänzend dazu erläutert Herr Rohlfig, dass die Anschaffung der Handsprechfunkgeräte (S. 23 der Präsentation) über zwei Jahre hinweg erfolgt, um die Kosten auf zwei Haushaltsjahre zu verteilen.

Zu den besonderen Aufwendungen berichtet Herr Rohlfig über die sogenannte „Heißausbildung“. Den Atemschutzträgern wird die Möglichkeit gegeben, in Hitzecontainern zu trainieren, um mithilfe von realen Gegebenheiten ein echtes Gefühl von der Hitze zu bekommen.

Herr Rohlfig erklärt außerdem, dass es eine Vorschrift für den Wechsel von Dienstbekleidung gibt. Dabei handelt es sich um eine sogenannte Kann-Vorschrift. Die Kommunen können somit selbst entscheiden, wann sie die neue Dienstbekleidung anschaffen und die alte ersetzen. Das Thema wird in Ruhe aufgearbeitet und dem Ausschuss bis zur nächsten Haushaltsplanberatung vorgelegt.

Sodann kommt Herr Rohlfig auf das Thema Führerscheinzuschuss zu sprechen. Dies war bereits Inhalt der letzten Haushaltsberatung, woraufhin der Zuschuss erhöht wurde. Dieser liegt aktuell bei 2.300 Euro, während die Kosten für den Führerschein etwa 3.000 Euro betragen. In Zukunft könnte erwogen werden, die Kosten vollständig zu übernehmen. Dies wäre jedoch eine Überlegung für das nächste Jahr.

Herr Rohlfig weist auf das Kreisjugendfeuerwehrlager hin, das nach den beiden Ausfällen endlich wieder stattfindet. Helfer und Helferinnen seien immer gerne Willkommen.

Im Rahmen der Investitionen erklärt Herr Rohlfig, dass die Samtgemeinde eine Zusage für den Erhalt eines Löschfahrzeuges im Rahmen des Katastrophenschutzes vom Land erhalten hat. Ein schriftlicher Bewilligungsbescheid läge allerdings noch nicht vor. Sollte sich an der Förderung etwas ändern, müsste die Samtgemeinde das benötigte Fahrzeug selbst und kurzfristig beschaffen.

Herr Tecklenborg bezieht sich auf die Wartung der Sirenen (S. 22 der Präsentation) und fragt sich, ob es nicht günstiger wäre, die ungenutzten Sirenen abzumontieren.

Herr Rohlfig stimmt zu und erläutert, dass die nicht mehr in Betrieb genommenen Sirenen nach und nach abgebaut werden.

Außerdem betont Herr Tecklenborg nochmals die Wichtigkeit des Zuschusses für den Führerschein. Tagesverfügbare Hilfskräfte werden immer weniger, wenn diese dann im Fall der Fälle nicht das notwendige Fahrzeug fahren dürfen, wäre das sehr fatal.

Herr Rohlfig stimmt dem zu und ergänzt, dass deshalb eine jährliche Interessensabfrage durchgeführt wird. Das Thema wird auch laufend mit dem Gemeindekommando beraten. Bislang wurden seit 2004 schon ca. 80 Führerscheine bezuschusst.

Herr Oldenburg schließt sich der Aussage von Herrn Tecklenborg an. Die Motivation, den Führerschein zu machen, käme ja schließlich auch durch den Zuschuss oder wird dadurch zumindest verstärkt.

Die Haushaltssatzung, das Investitionsprogramm und der Stellenplan des Haushaltsjahres 2025 werden in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der sich aus den Beratungen ergebenden Änderungen beschlossen.

Änderungen Seitens des Planungsausschusses liegen nicht vor.

Ja: 9 Nein: 0 Enthaltungen: 0 Befangen: 0

Punkt 5:

**Aufstellung eines sachlichen Teilprogramms Windenergie für den Landkreis Diepholz
Beteiligungsverfahren gem. § 9 (2) ROG i.V.m. § 3 (1) NROG für den Entwurf 2024
Stellungnahme der Samtgemeinde
Vorlage: SG-0271/25**

Herr Beneke erläutert in Kürze den Inhalt der Beschlussvorlage. Dabei legt er dar, dass die in der 102.+117. Flächennutzungsplanänderung ausgewiesenen Flächen bestehen bleiben.

Ergänzend stellt Herr Garbers die wesentlichen Änderungen fest. Es werden durch das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) keine neuen Windenergiegebiete in der Samtgemeinde ausgewiesen. Lediglich ein kleines Feld im Bereich Süstedt/Uenzen kam hinzu.

Herr Schneider empfindet die Vorgehensweise des Landkreises als grundsätzlich richtig. Die Privilegierung wird aufgehoben und es bestehe nicht mehr die Angst vor Ungültigkeit der Flächennutzungsplanänderungen, sofern diese rechtlich angefochten werden. Die südlich eingezeichnete Dreiecksfläche in Uenzen (siehe BruSyk1) wurde hinzugenommen, stelle jedoch das gesamte Konzept nicht in Frage. Herr Schneider wirft die Überlegung in den Raum, ob diese nicht herausgenommen werden sollte.

Herr Oldenburg ist der Meinung, dass das kleine Stück in Uenzen nicht ausschlaggebend sei und die Planungen so belassen werden sollten.

Es wird eine Einwohnerfragestunde eingeschoben.

Frau Grieb ist Ratsfrau, aber auch Einwohnerin aus Uenzen. Ihr ist aufgefallen, dass der Landkreis mit den geplanten Flächen des RROP über dem Teilflächenziel liegt. Somit gäbe es auch einen Puffer. Das Dreieck gehe wieder ein Stück in Richtung Dorf. Das sorgt für weiteren Unmut im Dorf. Frau Grieb plädiert dafür, eine Stellungnahme dahingehend abzugeben, dass diese Fläche wieder herausgenommen wird.

Ein Einwohner aus Schwarme ergreift ebenfalls das Wort. Die Samtgemeinde weise genug Flächen aus, damit wäre unser „Soll“ erfüllt. Darüber hinaus sollte nichts zusätzlich ausgewiesen werden, da dies die Gefahr des Ausnutzens birgt.

Eine Einwohnerin aus Schwarme macht auf ihre nicht hinnehmbare Wohnsituation in Spraken aufmerksam. Die Immissionen der Windkraftanlagen lassen eine Erholung im Garten, anders als früher, nicht mehr zu.

Herr Garbers betont an dieser Stelle, dass bei einer Einwohnerfragestunde auch bitte nur Fragen gestellt werden.

Herr Beneke kann die Bedenken der Einwohner und Einwohnerinnen nachvollziehen, gleichzeitig wiederholt er, dass die Samtgemeinde zum RROP lediglich eine Stellungnahme

abgibt. Anregungen sind durchaus möglich, eine Entscheidung trifft der Landkreis im Rahmen seiner Abwägung.

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, wie die Energiewende vorwärtsgebracht werden kann. Dass dies nicht ganz frei von Beeinträchtigungen für die gesamte Bevölkerung passieren kann, sei klar. Letztlich müssen die Maßnahmen verhältnismäßig sein, dabei werden die Interessen des Einzelnen dem öffentlichen Interesse gegenübergestellt. Der Schutz des Einzelnen vor zu starker Belästigung wird insbesondere durch das Immissionsschutzgesetz gewährleistet.

Der Einwohner aus Schwarme entgegnet, dass das ständige Leisten von Beiträgen an die gesamte Gesellschaft eine ewige Floskel ist, die von niemandem mehr gehört werden kann. Der Rat sei doch dazu da, die Belange der Einwohner und Einwohnerinnen zu vertreten.

Herr Tecklenborg erfragt, was der Samtgemeinde denn passieren würde, wenn das Konzept abgelehnt wird.

Herr Beneke antwortet, dass der Flächennutzungsplan so lange gilt, bis das RROP wirksam ist.

Auf Nachfrage von Herrn Sander erläutert Herr Beneke, dass der Planungsausschuss nur eine Empfehlung an den SGA ausspricht, der die Abgabe der Stellungnahmen entscheiden wird.

Beim Vorranggebiet BruSyk1 erhebt der Planungsausschuss Bedenken bezüglich der hinzugenommenen Fläche in Uenzen (siehe BruSyk1, Teilstück Süden). Der Beschluss wird mit dem Hinweis gefasst, dass die südlich anliegende Fläche in Uenzen nicht in das RROP übernommen werden sollte. Alles Weitere wird zur Kenntnis genommen.

Ja: 5 Nein: 3 Enthaltungen: 1 Befangen: 0

Punkt 6:

Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt 7:

Anfragen und Anregungen

Anfragen und Anregungen liegen nicht vor.

Punkt 8:

Einwohnerfragestunde

Der Gemeindebrandmeister Herr Ullmann bedankt sich für die Unterstützung und gibt einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr.

Die Gemeindefeuerwehr Bruchhausen-Vilsen besteht zurzeit aus insgesamt 748 Mitgliedern, bestehend aus aktiven Mitgliedern, ehemals aktiven Mitgliedern, der Kinder- und Jugendfeuerwehr sowie dem Musikzug. Die Zahl der aktiven Mitglieder liegt bei aktuell 438.

Die insgesamt 227 stattgefundenen Einsätze können folgendermaßen zugeteilt werden:

91 = Brand

99 = Technik

18 = Fehlalarm

17 = Brandsicherheitswache (Absicherung, z. B. Brokser Heiratsmarkt, große Schulveranstaltungen etc.)

2 = Brandschutzerziehung

Das aktuelle Jahr beginnt mit bislang 40 Einsätzen etwas besorgniserregend, so Herr Ullmann. Es bleibt zu hoffen, dass die Einsatzzahl in diesem Jahr nicht weiterhin in diesem Tempo ansteigt.

Besonders auffällig sei es, dass seit ca. 1 ½ Jahren die Anzahl an Türnotöffnungen stark ansteigen.

Zuletzt betont Herr Ullmann, dass es früher oder später wichtig sei, bei der Bekleidung nachzurüsten. Auch wenn das für dieses Haushaltsjahr noch keine große Rolle spielen mag.

Zuletzt bedankt sich Herr Ullmann für die gute Zusammenarbeit.

Herr Garbers bedankt sich und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.